



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/95

24. April 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn enttäuscht Berlin	S. 1
Zum Pazifikpakt	S. 3
"Reichsjugend" neu aufgezümt	S. 4
Sowjetzonen-KZ Bautzen	S. 5

Berlin erwartet Bundesbehörden

W.B. Berlin, im April.

In völliger Einmütigkeit hat das Berliner Abgeordnetenhaus jetzt zweimal gegen die Haltung der Bundesregierung in der Frage der oberen Bundesbehörden protestiert. Mitte März wurde der Protest dadurch ausgelöst, dass man Berlin - entgegen früheren Zusagen - das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen vorenthalten wollte. In der vorigen Woche herrschte allgemeine Enttäuschung, weil der Bundestag nicht dem SPD-Vorschlag gefolgt war, Berlin als Sitz des Bundesverfassungsgerichts zu bestimmen.

Um die Enttäuschung der Berliner richtig zu verstehen, muss man sich das ganze Versagen Bonns in dieser Frage von gesamtdeutscher Bedeutung vergegenwärtigen. Bereits im Oktober 1949 hatte der Bundestag beschlossen, die Regierung solle vierteljährlich u.a. darüber berichten, was sie getan habe, um Dienststellen nach Berlin zu verlegen. Ein einziger Zwischenbericht wurde vor etwa einem Jahr erstattet. Daraufhin beschloss der Bundestag, die spärlich begonnenen Massnahmen "vor allem durch Verlegung repräsentativer Bundesbehörden" auszubauen. Im Herbst vergangenen Jahres legte der Bundestag noch einmal fest, bei der Auswahl des Sitzes oberer Bundesbehörden sei "die besondere Lage Berlins und der in der Nähe der Grenze der russischen Besatzungszone gelegenen grösseren

Städte zu berücksichtigen."

Die Bundesregierung rührte sich nicht. Am 12. März dieses Jahres unterbreitete sie eine Übersicht, die hinsichtlich Berlins noch hinter dem Zwischenbericht vom 24. März vergangenen Jahres zurückblieb. Es wurde sogar der Versuch unternommen, mehrere der verbliebenen früheren Reichsinstitute nach dem Westen zu verlagern.

Diese zögernde Haltung lässt sich nur dadurch erklären, dass die politische Seite dieses Problems in Bonn noch nicht begriffen wurde. Bundesbehörden nach Berlin zu verlegen heisst, den Anspruch der Bundesrepublik auf die deutsche Hauptstadt und auf das ganze Deutschland geltend zu machen. Vor allem die Menschen in der Ostzone würden in einer aktiveren Berlin-Politik den Beweis dafür sehen, dass es die Bundesrepublik ernst meint mit den Ringen um die deutsche Einheit in Freiheit.

Dabei muss es sich um mehr handeln als um Berliner Zweigstellen oberer Bundesbehörden. Die politische Aufgabe besteht gerade darin, dass von Berlin aus eine Reihe gesamtdeutscher Aufgaben wahrgenommen werden soll. Die SPD hatte nicht ohne Grund beantragt, dass gerade das Bundesverfassungsgericht nach Berlin verlegt werde: die höchste Körperschaft des deutschen Rechtswesens, das zur Sicherung von Freiheit und Demokratie berufene Organ gehörte dorthin, wo der Kampf um den deutschen Rechtsstaat am intensivsten geführt wird.

Der Minister für gesamtdeutsche Fragen ist dem SPD-Antrag mit dem Argument entgegengetreten, dass in Berlin der "Ablauf des Geschäftsverkehrs" nicht gewährleistet sei. Hinter diesem Argument verbirgt sich ja wohl nichts anderes als die Illusion derer, die allen Ernstes glauben, am Rhein sicherer zu leben als an der Spree.

Die Bundesregierung hat nicht die Aufgabe, mit Rechenkunststücken darüber aufzuwarten, dass die Erledigung dieser oder jener Aufgabe des Bundes in Berlin "zu teuer" sei. Erstens ist eine Reihe solcher Rechenkunststücke bereits eindeutig widerlegt worden. Zweitens hat sich die Bundesregierung bei ihren Vorschlägen für Bundesbehörden im Westen mehr als einmal grosszügig über den Kostenfaktor hinweggesetzt. Drittens sollte man nicht übersehen, dass es auch für den Bund vorteilhaft wäre, die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt ein wenig zu entlasten. Und viertens wird man sich darüber klar werden müssen, dass die deutsche Einheit nicht umsonst zu haben sein wird.

Die Entscheidung über eine Serie oberer Bundesbehörden wird in den nächsten Wochen spruchreif. Berlin erwartet, dass es diesmal massgebend berücksichtigt wird.

Das pazifische Gegenstück

f. Washington hat sich lange gesträubt, auch noch für den Pazifik ein umfassendes Bündnissystem aufzubauen, das die Vereinigten Staaten über ihre bisherigen Verpflichtungen hinaus belastet. Es hat sein Interesse auf Japan konzentriert und war der Ansicht, dass der Schutz Australiens und Neuseelands als pazifische Gliedstaaten des britischen Commonwealth in allererster Linie die Aufgabe Grossbritanniens sein müsse. Die überraschende Ankündigung eines amerikanischen Sicherheitspaktes mit Australien und Neuseeland, dem andere Staaten des pazifischen Raumes, so vor allem die Philippinen, voraussichtlich angegliedert werden sollen, zeigt, dass Washington sich nicht länger dem australisch-neuseeländischen Drängen verschliesst.

Der Grund ist völlig eindeutig. Die amerikanische Regierung wünscht, so schnell wie irgend möglich den Friedensvertrag mit Japan unter Dach und Fach zu bringen. Gegen den amerikanischen Entwurf sind von Grossbritannien, Australien, Neuseeland und den Philippinen ernste Bedenken erhoben worden. Alle Regierungen dieser Länder fürchten das Wiedererstarken Japans, das Amerika mit aller Kraft und grosser Beschleunigung erstrebt. Washington kann über diese Bedenken nicht ohne weiteres hinweggehen.

Mit einem taktisch genialen Schachzug will Truman diese Schwierigkeiten überbrücken und zugleich seinen ursprünglichen Gedanken der Festigung der pazifischen Stellung Amerikas gegen den Kommunismus durch enge Zusammenarbeit mit Japan verstärken. Indem er Australien und Neuseeland von der Sorge vor Japan durch einen Sicherheitspakt befreit, kann er von ihnen und Grossbritannien als Gegenleistung grössere Bewegungsfreiheit in seinen japanischen Plänen erwarten. Er begegnet damit ausserdem zugleich seinen innenpolitischen Widersachern, die ihm seit langem die Vernachlässigung des Pazifik und Asiens zugunsten des Atlantik und Europas vorwerfen. Dieser letzte Zusammenhang geht schon daraus hervor, dass Truman den Pazifikpakt am Vorabend der Kongressrede McArthurs, des stärksten Exponenten der militärisch-politischen Schwergewichtsverlagerung nach Asien, angekündigt hat.

Da Grossbritannien ohnehin verpflichtet ist, im Kriegsfall Australien und Neuseeland beizustehen, soweit es dazu noch in der

Lage ist, wird es indirekt Partner des Pazifikpaktes. Ähnliche Verpflichtungen hat Washington gegenüber den Philippinen, so dass auch dieser Staat einbezogen wäre, selbst wenn er dem Pakt nicht beitreten würde. Das pazifische Gegenstück des Atlantikpaktes hat wie dieser seinen Hauptsinn selbstverständlich in der Eindämmung des kommunistischen Imperialismus. Japan ist der Katalysator des Paktes. Die Sorge vor ihm hat ihn ausgelöst, die Hoffnung auf seine Mitwirkung ist seine stärkste Stütze.

+ + +

Stramme Haltung in neuer Uniform

bu.- Es war im Spätsommer vorigen Jahres, als die "Deutsche Reichsjugend" erstmalig von sich reden machte. Auf der Grundlage von "Treue und Gehorsam" wurde auf dem ersten "Jugendführer-Lehrgang" in grüner Uniform soldatische Haltung und hündische Ergebenheit geübt. Die jungen Menschen sind auf die grüne Uniform und die Fanfarenklänge nicht reingefallen. Die wenigen, im Führerlehrgang auf ihr "Führertum" gedrillten Unverbesserlichen haben keine Gefolgschaft gefunden. Von dem damals gross propagierten Reichsjugendtreffen mit 5000 Grünhemden am Hermanns-Denkmal ist nicht mehr gesprochen worden. Auch "Reichsjugendführer" Münchow hat nichts daran ändern können, dass er von der Deutschen Reichspartei politisch ausgeschaltet wurde.

Jetzt versucht man, diesem Leichnam neues Leben einzuhauchen. Mit dem Namen "Reichsjugend-Korps" und in schwarzer statt grüner Kluft sollen die einmal enttäuschten Erwartungen nun doch noch in Erfüllung gehen. Wie die Führer des Reichsjugend-Korps - Münchow ist in diesen höchsten Führerkreis nicht mehr einbezogen worden - wissen lassen, haben sie sich entschlossen, alle jungen Deutschen im Geiste "deutscher Gesinnung" zu sammeln. Ein Korps-Befehl regelt bereits Uniform, Rangabzeichen und Dienstvorschrift. Jungen in schwarzen, Mädchen in weissen Hemden - Halstuch einheitlich schwarz. Ein Reichsadler auf schwarz-weiss-rottem Wappen am linken Oberarm soll Zeugnis von der "deutschen Gesinnung" geben. Silberne und goldene Eichenblätter, sowie Schulterklappen werden gemeinsam mit den Pfeifenschnüren die Dienstränge anzeigen, die man der Einfachheit halber von der HJ über-

nommen hat.

Es fehlt nur noch die Jugend, die sich für einen neuen politischen Missbrauch hergibt. Und die wird dem Reichsjugend-Korps auch weiterhin fehlen, wenn die Bundesregierung endlich ihrer Verpflichtung nachkommt, sozial gesunde Verhältnisse zu schaffen, die keinen Nährboden mehr für derartig gefährliche Pflanzen abgeben - ob sie nun grün, schwarz oder blau sind.

+ + + + +

Die Strasse der Tränen von Bautzen

Aus der Ostzone wird uns geschrieben:

Viele Menschen fahren erstmalig in ihrem Leben nach Bautzen. Manche wussten bisher kaum, wo diese Stadt liegt. Aber sie haben es erkunden müssen, als aus dem KZ-Lager Bautzen ein Lebenszeichen ihres verhafteten Familienmitgliedes eintraf. So fahren manche Menschen aus der Ostzone schweren Herzens in diese Stadt, um 30 Minuten - wie erlaubt - mit dem abgeurteilten Ehemann, dem Sohn oder dem Vater zu sprechen.

Kürzlich gingen auch zwei Frauen aus dem Magdeburger Land diesen Weg zum KZ-Lager. Sie sind nicht allein, die auf dieser Strasse wandeln, aber niemand spricht. Umso stärkeres Leid drücken ihre Mienen aus. Mit Recht nennen die Bautzener diese Strasse zum KZ-Lager die Schweige- und Tränenstrasse.

Am Strassenrand steht ein etwa 10-jähriger Junge und weint, in der Hand ein kleines Köfferchen. Eine der Magdeburger Frauen fragt den Jungen, warum er weine. Der Junge, aus einem kleinen Dorf bei Haldensleben stammend, möchte wissen, wie spät es ist. Er hat Sprechzeit mit seinem Vater von 16.00 bis 16.30 Uhr, der, wie er weiter erzählt, zu 25 Jahren verurteilt wurde. Auf die Frage, warum denn die Mutter nicht gekommen ist, um den Vater zu besuchen, antwortet der Junge unter einem neuen Tränenfluss, dass auch seine Mutter zu 25 Jahren verurteilt worden sei und sich im KZ-Lager Waldheim befindet. Die Mutter dürfe er noch nicht besuchen, dazu habe er noch keine Genehmigung. Bis zum Lagertor erzählt der Junge noch, dass er mit seinen zwei jüngeren Geschwistern bei der Grossmutter wohne, aber die weine den ganzen Tag.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.